Wahlprogramm für die Fakultätsratswahl 2025

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Arbeitskreis Wahlen

Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg

E-Mail: fachschaftsinitiative@juhei.de

Webseite: www.juhei.de

Montag, 2. Juni 2025

Fachschaftsinitiative Jura

– Liste 1 –

Inhaltsverzeichnis

1. Integrierter Bachelor 2
2. Mehr Crashkurse 2
3. E-Examen Umsetzung 3
4. Umgang mit KI regeln und KI in das Studium integrieren 3
5. Einbringung ins „Q+-Ampel-Verfahren" 4
6. Gerechte Benotung von Schwerpunktleistungen 4
   6.1. Verdeckte Zweitkorrektur der Studienarbeit 4
   6.2. Unterschiedliche Prüfer*innen für Studienarbeit und mündliche Prüfung 5
7. Mehr Bibliothekslizenzen online 5
8. Uni-Rep stärken 5
9. Staatsteilsprüfung in Hockenheim 6
10. Mehr Transparenz und Einbeziehung der Studierenden 6
11. Anonyme Klausuren 6
12. Seminar-Öffnungszeiten während des Umbaus 7
13. Mehr Lernflächen 7
14. Mehr Interdisziplinarität 8
15. Digitales Studium 8

1. Integrierter Bachelor

Ein Bachelorabschluss im Jurastudium gibt den Studierenden auf dem Weg zum Staatsexamen eine greifbare Qualifikation in der Mitte ihres Studiums, erhöht die psychologische Stabilität und bietet mehr Flexibilität – etwa für ein Weiterstudieren im Ausland, in anderen Studiengängen oder für berufliche Zwischenstationen. Zudem sichert er Studierenden einen anerkannten Berufsabschluss, selbst wenn sie das erste Examen nicht bestehen sollten, und verringert so den Prüfungsdruck. Für eine Exzellenzuniversität wie Heidelberg ist es wichtig, neben der Forschung und Lehre, auch bei Studienstrukturen innovativ und attraktiv zu bleiben. In ganz Deutschland setzen immer mehr Juristische Fakultäten auf integrierte oder begleitende Bachelorabschlüsse.

Seit der Einführung von § 34 Abs. 7 LHG besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, zusätzlich zum Staatsexamen einen Bachelor of Laws (LL.B.) zu verleihen. Die Umsetzung dieses Modells ist jedoch mit erheblichen Verwaltungsaufwand und zusätzlichen Ressourcen verbunden. Dieses Modell wird daher zurecht kritisiert (Vgl. für weitere Kritikpunkte: Keil in: BeckOK Hochschulrecht BW, § 34 LHG Rn. 26-30).

Wir möchten uns deshalb der Fakultät anschließen und sprechen uns in erster Linie für einen integrierten Bachelor aus, der kraft Gesetzes verliehen wird. Das bedeutet: Der Bachelorabschluss soll mit den Zulassungsvoraussetzungen zum staatlichen Teil vergeben werden – ohne zusätzliche Prüfungen oder Studienzeit. So entsteht ein unkomplizierter und kosteneffizienter Weg zu einem anerkannten akademischen Grad.

Sollte diese – auch von der Justizministerin – angestrebte Gesetzeslösung nicht bald umgesetzt werden, werden wir uns für die Einführung des Bachelors nach § 34 Abs. 7 LHG in Heidelberg einsetzen. Die Nachteile dieses Bachelors sind uns bekannt, aber die Einführung ist grundsätzlich auch in Heidelberg möglich.

2. Mehr Crashkurse

Crashkurse bzw. Arbeitsgemeinschaften helfen, Wissenslücken effektiv zu schließen und erleichtern die langfristige Examensvorbereitung.

Wir möchten uns für ein erweitertes Angebot an Crashkursen einsetzen. Die kompakten Intensivkurse sind besonders geeignet, um Wissenslücken gezielt zu schließen und den Stoff aus den Vorlesungen in Form von Fallbearbeitungen strukturiert zu wiederholen. Gerade in der vorlesungsfreien Zeit haben Studierende die nötige Kapazität, um sich ohne Ablenkung auf einzelne Fächer zu konzentrieren. Crashkurse schaffen zudem eine effektive Grundlage für die langfristige Examensvorbereitung. Sie bieten eine wertvolle Chance für alle, die im Semester mit dem Tempo nicht mithalten konnten oder bestimmten Inhalten noch unsicher gegenüberstehen. Deshalb möchten wir uns in den Fakultätsgremien dafür

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

einsetzen, dass das Angebot an Crashkursen ausgebaut. Aus den Crashkursen zur Aufholung von pandemiebedingten Lernrückständen stehen noch Fälle zur Verfügung.

3. E-Examen Umsetzung

Im Herbst 2026 kann die erste juristische Prüfung erstmals elektronisch geschrieben werden. Das Land stellt hierfür im Vorfeld ein Demoportal bereit und legt verbindlich fest, welche Tastatur und Maus zum Einsatz kommen. Damit Studierende dieses Angebot optimal nutzen können, müssen sie sich frühzeitig praxisnah im Umgang mit der eingesetzten Soft- und Hardware vertraut machen können.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, in den Samstagsklausuren eine durchgehende Stromversorgung sicherzustellen und diese nicht ausschließlich im Hörsaal, sondern auch in geeigneten Alternativräumen abzuhalten, in denen genug Platz für die Hardware (inklusive externer Maus und Tastatur besteht). Diese Maßnahmen würde die Examensvorbereitung insgesamt flexibler und inklusiver gestalten

In einem zweiten Schritt muss sich die Fakultät mittelfristig beschäftigen welche Folgen die Umstellung beim Examen auf elektronische Klausuren für das restliche Studium hat. Aus unserer Sicht ist auf Dauer ein zweigeteiltes System (zunächst händische Klausuren, dann elektronische) nicht sinnvoll. Hier müssen aber mehrere Faktoren gegeneinander abgewogen werden, etwa die finanzielle und räumlich Ausstattung der Universität setzt momentan (leider) Grenzen.

4. Umgang mit KI regeln und KI in das Studium integrieren

Die fortschreitende Entwicklung künstlicher Intelligenz wird die juristische Arbeitswelt nachhaltig verändern. Insbesondere Recherchearbeiten und die Formulierung von Schriftstücken könnten in naher Zukunft weitgehend automatisiert durch KI erfolgen. Angesichts dieser Dynamik muss sich auch die juristische Ausbildung entsprechend weiterentwickeln.

Einerseits bedarf es klarer Regelungen für den Einsatz künstlicher Intelligenz in Prüfungsleistungen. Hier gilt es, die Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens zu übertragen, um den verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass sich soziale Ungleichheiten verstärken – insbesondere, wenn einige Studierende privat bevorzugt Zugang zu spezialisierten juristischen KI-Modulen wie „Noxtua“ oder „Frag den Grüneberg“ haben. Die erlaubte KI sollte den Studierenden auch verfügbar gemacht werden.

Andererseits sollte KI aktiv in das Studium integriert werden. Es wäre wenig zielführend, Studierende auf eine Arbeitsweise vorzubereiten, die in der juristischen Praxis bald überholt sein könnte. Um eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen,

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

streben wir einen fakultätsinternen Diskussionsprozess an, in dem die Chancen und Herausforderungen der Nutzung künstlicher Intelligenz im Studium umfassend erörtert werden.

5. Einbringung ins „Q+-Ampel-Verfahren"

Im Rahmen des sog. „Q+Ampel-Verfahrens“ wurde vor einigen Monaten eine fakultätsweite Umfrage zu der Studiensituation durchgeführt.

In dem Q+-Ampel Verfahren von HeiQuality werden an der Universität Heidelberg alle Studiengänge nach dem Bologna-System (re-)akkreditiert und die Staatsexamensstudiengänge (wie Rechtswissenschaft einer ist) evaluiert. So sollen die Studiengänge verbessert und an die Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden. Die Fachschaftsinitiative Jura beteiligt sich in den Fakultätsgremien in diesem Verfahren.

Das Verfahren bietet eine gute Gelegenheit Kritik am Studium anzubringen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diese Gestaltungsmöglichkeit nehmen wir wahr und wollen uns aktiv in die Umsetzung der Vorschläge einbringen und uns dabei auf die Forderungen der Studierenden fokussieren. In Zusammenarbeit mit HeiQuality wollen wir die vorgeschlagenen Maßnahmen wesentlich mitprägen und sie dann auch umgesetzt sehen.

6. Gerechte Benotung von Schwerpunktleistungen

Der universitäre Schwerpunkt hat mit einem Anteil von 30 % an der Ersten Juristischen Prüfung eine erhebliche Bedeutung. Leider zeigt es sich aber, dass einige Prüfer*innen systematisch höhere Noten vergeben als andere—ein Unterschied, der nicht allein durch unterschiedliche Leistungen der Studierenden erklärbar ist.

Um eine gerechtere Notenverteilung zu gewährleisten, können wir uns etwa die folgenden Maßnahmen vorstellen:

6.1. Verdeckte Zweitkorrektur der Studienarbeit

Mindestens zwei Prüfer*innen sollten die Studienarbeit unabhängig voneinander bewerten. So entstünde gegebenenfalls eine mittlere Bewertung, die eine objektivere Einschätzung ermöglicht. Zudem wäre sichergestellt, dass die Arbeit nicht ausschließlich von der Person beurteilt wird, die das Thema selbst gestellt hat—und damit möglicherweise Erwartungen hat, die aus der Aufgabenstellung nicht eindeutig hervorgehen.

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

6.2. Unterschiedliche Prüfer*innen für Studienarbeit und mündliche Prüfung

Es kommt häufig vor, dass Studierende bei derselben Person mündlich geprüft werden, bei der bereits die Studienarbeit geschrieben wurde (wenn dies möglich ist; zB nicht bei SPB 4, 9).

Wird man also bei einer/einem Prüfer*in geprüft, der nicht so gerne hohe Noten vergibt, dann hat man diese Person in beiden Bereichen der Schwerpunktleistung. Wir fänden eine Mischung aus Prüfer*innen gerechter.

Zudem wollen wir in der Schwerpunktbereichssatzung festlegen lassen, dass die Bewertung der Studienarbeiten mindestens eine Woche vor der mündlichen Prüfung bekannt gegeben werden muss. So hätten Studierende ausreichend Zeit, sich gezielt vorzubereiten, ohne durch Unklarheiten belastet zu werden.

7. Mehr Bibliothekslizenzen online

In einer digitalisierten Welt ist es bereits Standard, Fachliteratur nicht nur im Präsenzbestand, sondern auch über Plattformen wie BeckOnline und juris zu recherchieren und online zu nutzen. Dies erleichtert vor allem das Arbeiten von anderen Orten aus als dem Lesesaal der UB oder dem Juristischen Seminar. Dies ermöglicht ein flexibles Arbeiten über den Lesesaal der Universitätsbibliothek oder das Juristische Seminar hinaus und schafft zugleich Abhilfe bei der begrenzten Verfügbarkeit physischer Exemplare. Gerade in der vorlesungsfreien Zeit sind gedruckte Werke oft frühmorgens vergriffen und bleiben den gesamten Tag über nicht für die Studierenden erreichbar. Insbesondere durch den Umbau des Seminars ist der Zugriff auf Literatur schwieriger geworden; besonders die in das Magazin ausgelagerte Fachliteratur ist deutlich schwieriger zu erreichen.

Da der Zugriff auf Fachliteratur für uns alle im Studium unverzichtbar ist, setzen wir uns daher für die Anschaffung und die dauerhafte sowie nachhaltige Finanzierung weiterer Online-Lizenzen, wie zB dem Modul Zivilrecht Optimum auf BeckOnline welches nahezu die gesamte zivilrechtliche Literatur des C. H. Becks Verlags und auch angeschlossener Verlage umfasst. Nachdem bereits die Module Verfassungsrecht Premium und Verwaltungsrecht Premium im Januar zur Verfügung gestellt wurden, ist das der einzig sinnvolle nächste Schritt. Die Anschaffung dieser Module würde zudem weitere Teile der JuS freischalten.

8. Uni-Rep stärken

Als universitäres Repetitorium bietet HeidelPräp! eine wissenschaftlich fundierte, strukturierte und kostenfreie Vorbereitung auf das Erste Staatsexamen. In einem Umfeld, in dem viele Studierende kommerzielle Repetitorien nutzen, ist es entscheidend, das universitäre Angebot attraktiv und konkurrenzfähig zu gestalten.

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

Besonderes Potential haben dabei die Dozentenkurse. Die Idee von den Examensprüfer*innen direkt zu lernen überzeugt grundsätzlich, trotzdem sind die Teilnehmerzahlen gering. Um dem entgegenzuwirken, sollten die Gründe hierfür analysiert und gezielte Maßnahmen ergriffen werden.

Auch der Ausbau digitaler Komponenten kann zur Flexibilität und Zugänglichkeit des Programms beitragen. Wir setzen uns dafür ein, dass das HeidelPräp! als echte Alternative zu kommerziellen Anbietern gestärkt wird. Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und bessere organisatorische Rahmenbedingungen wollen wir die Qualität der universitären Examensvorbereitung sichern und verbessern.

9. Staatsteilsprüfung in Hockenheim

Seit Herbst 2023 wird die Staatsteilsprüfung für Heidelberger Studierende in der Stadthalle Hockenheim abgehalten. Obwohl diese angemessen ausgestattet ist—auch für das kommende E-Examen—ist sie mit dem öffentlichen Nahverkehr von Heidelberg aus nicht in zumutbarer Weise erreichbar.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Prüfungen wieder näher an Heidelberg verlegt werden oder zumindest ein organisierter Busverkehr durch das Landesjustizprüfungsamt bereitgestellt wird. Da auch in Freiburg eine Verlegung des Prüfungsortes bevorsteht, möchten wir mit den dortigen Studierenden in Kontakt treten und gegebenenfalls eine gemeinsame Initiative starten.

10. Mehr Transparenz und Einbeziehung der Studierenden

Die Studierendenschaft erfährt leider wenig von den Beschlüssen und Themen der Fakultätsgremien. Wir setzen uns hier schon seit Jahren für mehr Transparenz ein.

Letztes Jahr haben wir als Fachschaftsinitiative Jura bereits etwa vor Beschluss des neuen Studienplans über diesen informiert und um Rückmeldungen gebeten. Auch wurde dazu eine Informations- und Teilhabeveranstaltung mit dem damaligen Studiendekan durchgeführt.

Solche Aktionen würden wir gerne wiederholen.

Auch wollen wir generell mehr auf die Beschlüsse des Fakultätsrats aufmerksam machen. Wir wünschen uns hierbei auch Unterstützung von der Fakultät, die nicht relevante Informationen für die Studierenden erst spät oder sogar gar nicht veröffentlicht.

11. Anonyme Klausuren

Wir sprechen uns für die konsequente Umsetzung anonymisierter Klausuren an der Juristischen Fakultät aus. Ziel ist eine möglichst objektive und sachbezogene

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

Leistungsbewertung, die allein auf der inhaltlichen Qualität der Bearbeitung basiert. Die Anonymisierung kann dazu beitragen, unbeabsichtigte persönliche Voreingenommenheit im Korrekturprozess zu vermeiden und die Transparenz sowie Nachvollziehbarkeit der Bewertung zu stärken. Gerade im juristischen Studium, das stark auf schriftliche Prüfungsleistungen ausgerichtet ist, stellt ein anonymisiertes Verfahren eine sinnvolle Maßnahme zur Sicherung einheitlicher Bewertungsmaßstäbe dar. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass anonymisierte Klausuren zum Regelfall werden und fakultätsweit einheitlich angewendet werden.

12. Seminar-Öffnungszeiten während des Umbaus

Angesichts der laufenden Bauarbeiten im Juristischen Seminar ist es uns ein zentrales Anliegen, die Öffnungszeiten der Bibliothek so zu gestalten, dass sie mit den Beeinträchtigungen durch den Baulärm vereinbar sind. Studierende brauchen – insbesondere in den Hausarbeiten- und Klausurenphasen – verlässliche Rückzugsorte zum konzentrierten Lernen.

Daher ist es uns besonders wichtig, in engem Austausch mit der Fakultät zu stehen, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden. Ziel ist es, einen sinnvollen Ausgleich zwischen dem Fortschritt der Bauarbeiten und dem Erhalt eines produktiven und ruhigen Lernumfelds zu schaffen. Dabei setzen wir uns für transparente Kommunikation und eine vorausschauende Planung ein.

Eine Sonntagsöffnung der Fakultätsbibliothek wäre dabei eine sinnvolle Maßnahme, da an diesem Tag keine lärmintensiven Arbeiten stattfinden.

13. Mehr Lernflächen

Zum produktiven und nachhaltigen Lernen im Studium werden ausreichend Lernflächen benötigt. Es mangelt besonders an Bibliotheksarbeitsplätzen sowie für gemeinsame Lernbesprechungen und Lerngruppen an offiziellen Gruppenarbeitsräume. Wir setzen uns deshalb sowohl für zusätzliche Einzelarbeitsplätze sowie mehr Gruppenräume ein. Ein verfügbarer Arbeitsplatz sollte unabhängig von der Tageszeit gewährleistet werden.

An der Juristischen Fakultät sehen wir vor allem die Institute in der Pflicht ihre Bibliotheksöffnungszeiten zu erweitern. Dies würde kosteneffizient tagsüber viele neue Arbeitsplätze in der Altstadt schaffen.

Aber auch eine Sonntagsöffnung der Fakultätsbibliothek im Juristischen Seminar halte wir für sinnvoll und setzen uns auch aus diesem Grund dafür ein.

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de

14. Mehr Interdisziplinarität

Heutzutage ist die Erforderlichkeit von Interdisziplinarität im Studium vor allem im Hinblick durch die Vernetzung verschiedener Wissenschaftsfelder im späteren juristischen Berufsleben kaum mehr zu verneinen. Aufgrund dessen muss bereits im Studium eine Verknüpfung zu anderen Wissenschaften, wie zum Beispiel zu Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Psychologie, Soziologie und weiteren Fachbereichen, hergestellt werden.

Wir wollen dafür das Lehrangebot um Grundlagenscheine in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, interdisziplinäre Ringvorlesungen, praxisorientierte Schlüsselqualifikationskurse wie Verhandlungs- und Mediationstechniken, Sprachscheine sowie thematisch fokussierte Seminare erweitern und sichern. Den Studierenden wird durch diese Formate die Möglichkeit gegeben, eine breitere Perspektive des Rechts zu entwickeln und ihre Problemlösungskompetenz für komplexere Fragestellungen auszubauen. Dieses vielfältige Angebot bereitet die Studierenden ebenfalls optimal auf das mit hohen Anforderungen verbundene Berufsleben in Kanzleien, Gerichten, Unternehmen, Verwaltungen und der Wissenschaft vor. Wir engagieren uns dafür, ein solches interdisziplinäres Programm sowohl systematisch als auch studierendenfreundlich zu skizzieren, zu evaluieren und auszubauen.

15. Digitales Studium

Die juristische Ausbildung in Heidelberg benötigt ein strukturiertes Digitalisierungskonzept.

Juristische Kompetenzen müssen gleichermaßen systematisch, zugänglich und zeitgemäß vermittelt werden. Ein einheitliches Digitalisierungskonzept würde den Studierenden ermöglichen, ihr Studium strukturierter und zielgerichteter zu gestalten, flexibler zu organisieren und sich insbesondere in Prüfungsphasen effizienter vorzubereiten.

Ein Bestandteil dessen ist die benutzerfreundliche und studiengangsgerechte Weiterentwicklung von HeiCo. Die aktuelle Plattform ist nicht auf die spezifischen Bedürfnisse eines Staatsexamensstudiengangs zugeschnitten und erschwert somit den Zugang zu wichtigen Inhalten.

Der Zugriff auf klar strukturierte Lernmaterialien, Übungssammlungen und eine übersichtliche Notenverwaltung sollte deutlich erleichtert – beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht – werden. Die könnte in der Form einer ”Online-Fakultät” oder ähnlicher Plattform realisiert werden.

Fachschaftsinitiative Jura
an der Ruprecht-Karls-universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 6-10
69117 Heidelberg
www.juhei.de